

Presseschau (dpa) Offener Brief Ravensburg 09.05.07

dpa, 09.05.07:

Nachrichtenüberblick/dpa/lsw/

SCHLAGZEILEN Baden-Württemberg - 09.05.2007 - 16.30 Uhr

Stuttgart: Kultusminister Helmut Rau (CDU) sieht trotz heftiger Kritik von Schulleitern keinen Grund, das dreigliedrige Schulsystem im Südwesten aufzugeben

Schulen/(dpa/lsw-Thema des Tages - Zusammenfassung 1930 - neu: FDP und Lehrerverbände)

Minister Rau hält trotz Schulleiter-Protest am Schulsystem fest

Stuttgart (dpa/lsw) - Der offene Brief von 96 Schulleitern aus Oberschwaben hat die Diskussion um das dreigliedrige Schulsystem im Südwesten neu angeheizt. Die Rektoren wollen ein integriertes Schulsystem, in dem Kinder und Jugendliche nicht nach Klasse vier getrennt und in gute und schlechte Schüler unterteilt werden. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützte die Rektoren am Mittwoch. Kultusminister Helmut Rau (CDU) sieht dagegen trotz heftiger Kritik keinen Grund für eine Abkehr vom bisherigen Schulsystem.

Dreh- und Angelpunkt sei die Verbesserung der Qualität des Unterrichts, antwortete Rau auf den am Dienstag veröffentlichten Brief: «Darauf zielt auch das geplante Maßnahmenpaket der Landesregierung zur Stärkung der Hauptschule.» Das Paket setze auf individuelle Förderung, sagte Rau. Dazu gehöre etwa die gezielte Förderung der grundlegender Fähigkeiten in Deutsch und Mathematik. «Mein Ziel ist es, die Chancen von Hauptschülern beim Übergang in die Arbeitswelt deutlich zu verbessern», sagte der Minister am Mittwoch. Auch der Philologenverband und die Berufsschullehrerverbände wollen das bisherige System beibehalten.

Die Schulleiter befürchten, dass angesichts rückläufiger Schülerzahlen die wohnortnahen Konzepte von 17 Schulen im Kreis Ravensburg und im Bodenseekreis abgelehnt werden. Nach Raus Ansicht ist es aber ein «Trugschluss, in der Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen ein geeignetes Mittel zur Sicherung von Schulstandorten zu sehen». Das Gegenteil sei der Fall: ein dramatischer Konzentrationsprozess, der den endgültigen Abschied von der wohnortnahen Schule im ländlichen Raum zur Folge hätte.

Die GEW kritisierte das strikte Festhalten der Landesregierung am dreigliedrigen Schulsystem. Der GEW-Landesvorsitzende Rainer Dahlem sagte, die Schulverwaltung übe Druck auf Schulleiter aus, die in der Diskussion um die Zukunft der Hauptschule einen Abschied vom dreigliedrigen Schulsystem vorschlagen. Er verlangte «eine offene Diskussion» und ein «tragfähiges, wohnortnahes und leistungsfähiges Schulangebot».

Der Landeselternbeirat ist gegen eine generelle Abkehr von bisherigen Schulstrukturen, aber offen für Modelle. Die Vorsitzende des Beirats, Christiane Staab, hält Modellregionen für möglich. Aus ihrer Sicht wird zu wenig auf die Bedürfnisse der einzelnen Schulen eingegangen. So könne etwa eine ländliche Hauptschule zu wenig Kinder haben, eine Hauptschule in der Großstadt kämpfe hingegen eher mit «schwerer Klientel». «Hauptschulen müssen so ausgestattet werden, dass sie gut arbeiten können. Dann liefern sie auch gute Ergebnisse», sagte Staab in Karlsruhe.

Bereit für Reformen der Hauptschulen ist der Städtetag Baden- Württemberg. Die Hauptschule müsse im Interesse der schulischen Grundversorgung breiter Bevölkerungsschichten eine Zukunft haben, sagte Verbandssprecher Manfred Stehle. Der Städtetag setze insbesondere auf Verbundschulen und integrierte Lösungen, wie etwa Bildungshäuser. Wenn diese Reformen greifen würden, werde es in Zukunft zwar weniger, dafür aber bessere Hauptschulen geben.

Nach dem Brief der Schulleiter sehen sich die Oppositionsparteien SPD und Grüne im Landtag in ihrer Kritik an der Bildungspolitik des Landes bestätigt. Der

SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Zeller sprach von einer «schallenden Ohrfeige» für Rau. Die Grünen-Abgeordnete Renate Rastätter bezeichnete den Brief als «beispielloses Alarmsignal». Kultusminister Rau müsse seine Blockadehaltung aufgeben und sich einem integrativen Schulsystem bis zur neunten Klasse öffnen. Rau selbst zeigte sich «enttäuscht», dass die Schulleiter ihre Kritik auf diese Weise in einem offenen Brief geäußert hatten. Der Realschullehrer-Verband war «erstaunt», weil die Leiter der Hauptschulen mit dem Schreiben «den Bankrott ihrer Schulen» erklärt hätten.

Der mittelbadische FDP-Bundestagsabgeordnete Patrick Meinhardt verteidigte das dreigliedrige Schulsystem, weil es sich an der Begabung der Schüler orientiere. Allerdings sei im Südwesten eine höhere Flexibilität in den Regionen notwendig, so dass Kooperationen zwischen Hauptschulen und anderen Schulen ohne bürokratische Hemmschwellen durch das Kultusministerium möglich würden.

(Autor: Ulf Mauder, dpa)

Schulen/(Überblick 1345)

Lehrer-Gewerkschaft GEW stärkt kritischen Schulleitern den Rücken

Stuttgart (dpa/lsw) - Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat Schulrektoren bei ihrem Vorstoß gegen das strikte Festhalten der Landesregierung am dreigliedrigen Schulsystem den Rücken gestärkt. «Wer selbstständige Schulen will, muss den Appell der Schulleiter aus Südwürttemberg ernst nehmen, anstatt jede Diskussion zu verweigern und kritischen Lehrerinnen und Lehrern Maulkörbe zu verpassen», sagte der GEW-Vorsitzende Rainer Dahlem am Mittwoch in Stuttgart. In einem offenen Brief an Kultusminister Helmut Rau (CDU) hatten die Leiter von 96 Grund- und Hauptschulen aus dem Raum Ravensburg ein Schulsystem gefordert, das über die vierte Klasse hinaus gemeinsames Lernen ermöglicht.

Dahlem sagte, die Schulverwaltung übe Druck auf Schulleiter aus, die in der Diskussion um die Zukunft der Hauptschule einen Abschied vom dreigliedrigen Schulsystem vorschlagen. Er verlangte «eine offene Diskussion» und ein «tragfähiges, wohnortnahes und leistungsfähiges Schulangebot». Die Schulleiter hatten Alarm geschlagen, weil sie befürchteten, dass angesichts rückläufiger Schülerzahlen die wohnortnahen Konzepte von 17 Schulen im Kreis Ravensburg und im Bodenseekreis abgelehnt werden.

Schulen/(dpa/lsw-Thema des Tages)

Kultusminister Rau will trotz Kritik am Schulsystem festhalten

Stuttgart (dpa/lsw) - Kultusminister Helmut Rau (CDU) sieht trotz heftiger Kritik von Schulleitern keinen Grund, das dreigliedrige Schulsystem im Südwesten aufzugeben. Dreh- und Angelpunkt sei die Verbesserung der Qualität des Unterrichts, antwortete Rau am Mittwoch auf einen offenen Brief von 96 Schulleitern in Oberschwaben: «Darauf zielt auch das geplante Maßnahmenpaket der Landesregierung zur Stärkung der Hauptschule.» Das Paket setze auf individuelle Förderung, sagte Rau.

Dazu gehörten die gezielte Förderung der grundlegender Fähigkeiten in Deutsch und Mathematik, der Einsatz von Kompetenzanalysen und die flächendeckende Einführung von Praxiszügen. «Mein Ziel ist es, die Chancen von Hauptschülern beim Übergang in die Arbeitswelt deutlich zu verbessern», sagte der Minister.

Die Schulleiter verlangten, die frühe Trennung der Schüler nach Klasse vier aufzugeben. Sie wollen erreichen, dass Kinder und Jugendliche in einem integrativen Schulsystem länger gemeinsam lernen. Nach Raus Ansicht ist es aber ein «Trugschluss, in der Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen ein geeignetes Mittel zur Sicherung von Schulstandorten zu sehen». Das Gegenteil sei der Fall: ein dramatischer Konzentrationsprozess, der den endgültigen Abschied von der wohnortnahen Schule im ländlichen Raum zur Folge hätte.

Der Minister kritisierte das Vorgehen der Schulleiter: «Es hat mich auch enttäuscht, dass dazu der Weg eines "offenen Briefes" gewählt wurde. Dieser Stil entspricht nicht einer an der Sache orientierten Debattenkultur, zumal ich noch vor wenigen Wochen im Kreis Ravensburg eine öffentliche Diskussion mit Hauptschulrektoren geführt habe.»

Schulen/(dpa/lsw-Thema des Tages - Dokumentation)

Offener Brief der Rektoren gegen das dreigliedrige Schulsystem

Stuttgart (dpa/lsw) - 96 Schulleiter haben in einem offenen Brief an Kultusminister Helmut Rau (CDU) eine Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem gefordert. In dem Schreiben verlangen die Rektoren aus dem Raum Ravensburg die frühe Trennung der Schüler nach Klasse vier zu Gunsten längerer gemeinsamer Lernzeiten aufzugeben. Die Deutsche Presse-Agentur dpa dokumentiert den Brief in Auszügen:

«Sehr geehrter Herr Minister Rau,

wir als Grund- und Hauptschullehrer sind die Experten in der Schulstrukturfrage, weil wir im integrativen System Grundschule und im selektiven System Hauptschule unterrichten. (...)

Wir trennen Schüler mit 10 Jahren und bieten damit ausgerechnet den Schwächsten in der Hauptschule das anregungsärmste Forum. Der europäische Bildungskommissar Jan Figel verweist mit seiner Aussage auf die Untersuchungen von 12 Forschern sowie der internationalen Organisationen UNESCO und OECD zum frühen Aufteilen der Schüler: "Niemand sagt, es sei positiv."

Immer häufiger staunen internationale Experten darüber, dass von Lehrern hier zu Lande erwartet wird, die Kinder nach nur vier Grundschuljahren (bis zur Verteilungsentscheidung sind es nur dreieinhalb Jahre) in Begabte und Unbegabte, in Schnelle und Lahme, in künftige Handwerker und künftige Wissenschaftler einzuteilen. Dass das gemeinsame Lernen erfolgreich ist und keinesfalls den Effekt

hat, dass gute Schüler in ihren Leistungen ausgebremst werden, zeigen in schöner Regelmäßigkeit die internationalen Schulleistungsstudien, die den Staaten mit längerer gemeinsamer Lernzeit nicht nur in der Breite ein höheres Leistungsniveau bescheinigen, sondern auch in der Spitze. Mit unserer "wohl selektierten Spitze" befinden wir uns im internationalen Vergleich nicht unter den Besten! (...)

Nationale Vergleiche unter den Bundesländern als Argument für das dreigliedrige Schulsystem heranzuziehen ist Augenwischerei, da eine Zweitligadiskussion für einen reichen Flächenstaat wie Baden- Württemberg mit seiner hohen Wirtschaftskraft keine Perspektive im internationalen Wettbewerb sein kann. Zudem existiert bisher in keinem einzigen Bundesland ein flächendeckendes integratives Schulsystem, so dass bei einem Vergleich die zahlreichen internationalen Erfahrungen als Grundlage dienen müssen. Maßstab muss für uns der internationale Vergleich sein.

Der Vergleich mit anderen deutschen Bundesländern, die Schulstrukturen abseits der strengen Dreigliedrigkeit praktizieren und nicht so "erfolgreich" wie Baden- Württemberg sind, kann nicht als Argument gegen ein integratives Schulsystem angeführt werden. (In diesem Zusammenhang sei trotzdem erwähnt, dass sich das Bundesland Sachsen mit seinem zweigliedrigen Schulsystem - was einer Zusammenlegung von Haupt- und Realschule gleichkommt - beim letzten Pisatest in drei von vier Kompetenzbereichen vor Baden-Württemberg positionierte).»

Schulen/(dpa/lsw-Thema des Tages - Hintergrund)

Die Hauptschule in Baden-Württemberg - Fragen und Antworten

Stuttgart (dpa/lsw) - «Restschule» oder zielgerichtete Ausbildung für eher praktisch begabte Schüler - die Hauptschule wird in den vergangenen Jahren immer kontroverser diskutiert. Baden-Württemberg gehört zu den Bundesländern, die noch strikt an der Aufteilung der Schüler nach der vierten Klasse festhalten. Sinkende Schülerzahlen, insbesondere an den Hauptschulen, haben die Diskussion über eine

Zusammenlegung der Schularten in Politik und Kommunen im Südwesten erneut entfacht.

Wie viele Hauptschulen gibt es in Baden-Württemberg?

Es gibt 1200 Hauptschulen. Damit stellen sie vor Realschulen (427) und Gymnasien (376) die größte Gruppe der weiterführenden Schulen. Jedoch bei den Schülerzahlen liegen die Hauptschulen mit 194 400 an letzter Stelle. Die meisten Schüler hat das Gymnasium mit 328 500, gefolgt von den Realschulen mit 244 800. Dennoch verfügt das Gymnasium mit einem Pädagogen auf 16 Schüler laut Statistischem Landesamt über die beste Schüler-Lehrer-Relation. Bei den Realschulen kommt ein Lehrer auf 19,2 Schüler, bei Hauptschulen auf 17,9.

Wie erfolgt die Zuweisung auf die einzelnen Schularten?

Eine «Grundschulempfehlung» zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres der vierten Klasse legt relativ verbindlich fest, welche weiterführende Schule ein Kind besuchen kann. Bis zu einem Notenschnitt von 2,5 in den Fächern Deutsch und Mathematik kann das Kind auf ein Gymnasium. Ein Notenschnitt zwischen 2,6 und 3,0 in den Hauptfächern berechtigt zum Besuch der Realschule. Von einem Notenschnitt von 3,1 an ist nur noch der Hauptschulbesuch möglich. Akzeptieren die Eltern die Empfehlung nicht, können sie ihr Kind an einem Beratungsverfahren mit einem externen Lehrer teilnehmen lassen. Als letztes Mittel kann das Kind bei einer landeseinheitlichen Prüfung teilnehmen.

Gibt es regionale Abweichungen bei der Zuweisung?

Fast 29 Prozent aller Viertklässler im Südwesten wechseln auf die Hauptschule, 32 Prozent auf die Realschule und 38 Prozent auf das Gymnasium. Doch die Übergangsquoten fallen regional sehr unterschiedlich aus: So liegt in Heidelberg die Übergangsquote auf die Hauptschule mit 17,8 Prozent am niedrigsten, die auf das Gymnasium mit 56,4 Prozent am höchsten. Die höchste Übergangsquote auf die Hauptschule hat Heilbronn mit 40,7 Prozent. In Waldshut wechselt der geringste Anteil der Viertklässler - 27,8 Prozent - auf das Gymnasium. Gründe hierfür sind,

dass Eltern in ländlichen Regionen trotz Gymnasialempfehlung Schüler auf wohnortnahe Real- oder Hauptschulen schicken; Eltern in Universitätsstädten wie Heidelberg oder Tübingen sind in der Lage und willens, ihrem Nachwuchs per Nachhilfe zu besseren Noten zu verhelfen.

Welche Anteile an ausländischen Schülern hat die Hauptschule?

Die Hauptschule hat laut Statistischem Landesamt mit 25,2 Prozent die bei weitem größte Gruppe von Schülern ausländischer Herkunft, gefolgt von der Realschule mit 7,8 und dem Gymnasium mit 4,3 Prozent. Knapp 24 Prozent aller Sonderschüler sind Ausländer.

PM Kultusministerium, 09.05.07:

Kultusminister Rau: Offener Brief entspricht nicht einer an der Sache orientierten Debattenkultur

Fragen der Schulstruktur für positive Schulentwicklung nicht vorrangig / Dreh- und Angelpunkt sind Verbesserungen der Qualität des Unterrichts - Geplantes Maßnahmenpaket zur Stärkung der Hauptschule setzt auf individuelle Förderung

Stuttgart, 09.05.2007 Kultusminister Helmut Rau MdL hat den Vorwurf der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), kritischen Schulleitern einen "Maulkorb" zu verpassen, als "völlig abwegig" bezeichnet. "Ich bin für Ratschläge von Schulpraktikern dankbar, auch für kritische. Aber es wundert mich sehr und hat mich auch enttäuscht, dass dazu der Weg eines 'offenen Briefes' gewählt wurde. Dieser Stil entspricht nicht einer an der Sache orientierten Debattenkultur, zumal ich noch vor wenigen Wochen im Kreis Ravensburg eine öffentliche Diskussion mit Hauptschulrektoren geführt habe", sagte der Minister.

Seit vielen Jahren werde offen über Vor- und Nachteile einer längeren gemeinsamen Beschulung von Kindern und Jugendlichen diskutiert. In diesem Zusammenhang

werde auch immer wieder die Forderung nach einer Zusammenlegung von Haupt- und Realschule erhoben. Allerdings sei es unter renommierten Bildungswissenschaftlern unstrittig, dass Fragen der Schulstruktur für eine positive Schulentwicklung nachrangig seien.

Dreh- und Angelpunkt sei die Verbesserung der Qualität des Unterrichts. "Darauf zielt auch das geplante Maßnahmenpaket der Landesregierung zur Stärkung der Hauptschule, das ich in seinen wesentlichen Elementen bereits im März im Landtag vorgestellt habe", so Rau. Es setze auf individuell ausgerichtete Fördermaßnahmen. Dazu zählten die gezielte Förderung der Basiskompetenzen in Deutsch und Mathematik, der Einsatz von Kompetenzanalysen und die flächendeckende Einführung von Praxis-zügen. "Mein Ziel ist es, durch individuelle Fördermaßnahmen die Chancen von Haupt-schülerinnen und Hauptschülern beim Übergang in die Arbeitswelt deutlich zu verbessern", betonte der Minister.

Es sei auch ein Trugschluss, in der Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen ein geeignetes Mittel zur Sicherung von Schulstandorten zu sehen, hob Rau hervor. Das Gegenteil sei der Fall. Ein dramatischer Konzentrationsprozess wäre die Folge, der den endgültigen Abschied von der wohnortnahen Schule im ländlichen Raum zur Folge hätte.

Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) unterstützt

Landesregierung:

(09.05.07)

Gegliedertes Schulwesen muss erhalten bleiben!

„Wir sehen die Problematik der Hauptschulen und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, diese Schulart gezielt zu fördern. In der Abschaffung des gegliederten Schulsystems sehen wir aber keine Lösung der Hauptschulproblematik. Durch eine solche Maßnahme würden die Probleme nicht gelöst, sondern sich auf die Realschulen und Gymnasien verlagern“, so der Landesvorsitzende des

Philologenverbandes Baden-Württemberg (PhV BW), Karl-Heinz Wurster zu der Forderung einiger Grund- und Hauptschulrektoren aus den Landkreisen Ravensburg und Bodensee in ihrem offenen Brief an Ministerpräsident Günther Oettinger und Kultusminister Helmut Rau. Wurster: „ „ 'Eine Schule für alle' ist nicht die Lösung, deshalb unterstützen wir das Bemühen der Landesregierung, die Hauptschule und das gegliederte Schulwesen in Baden-Württemberg zu erhalten.“

Ganz wichtig ist nach Auffassung des Philologenverbands, das Image der Hauptschule zu verbessern, Perspektiven für eine bessere Durchlässigkeit zwischen den Schularten zu eröffnen und die Grund- und Hauptschulen personell, sächlich und baulich bestens auszustatten, damit sie ihren Bildungsauftrag in der sich verändernden Gesellschaft erfüllen können und ihre Schüler den ständig sich wandelnden Anforderungen im späteren Berufsleben gerecht werden. In diesem Zusammenhang weist der PhV darauf hin, dass die ständig zunehmenden Übergangsquoten an den Gymnasien zusätzliche Lehrkräfte erfordern. „Das ist nicht durch ‚Umschichtungen‘ zu bewerkstelligen, sondern nur durch neu einzustellende, gut ausgebildete Lehrkräfte.“

„Eine längere gemeinsame Schulzeit in einer Gemeinschaftsschule würde nicht mehr individuelle Förderung, sondern schlechter ausgebildete Realschüler und Gymnasiasten zur Folge haben“, prophezeit der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien.

„Wir befürworten den Erhalt eines differenzierten und gegliederten Schulwesens, in dem die Förderung der Schüler nach Begabung und Leistungsfähigkeit gewährleistet wird. Hierfür ist eine personell und räumlich gut aufgestellte bzw. strukturierte Hauptschule unverzichtbar in unserer Bildungslandschaft. Deshalb muss alles daran gesetzt werden, die Hauptschule zu erhalten“, so der PhV-Landesvorsitzende Wurster abschließend.